



# **DIENTSTANWEISUNG DER LANDESANSTALT FÜR MEDIEN NRW ÜBER DIE VERGABE VON LIEFER- UND DIENSTLEISTUNGSaufTRÄGEN**

(Vergabeordnung für Liefer- und Dienstleistungen -VergO L+D)

## **PRÄAMBEL**

Die VergO L+D trifft nähere Bestimmungen über das einzuhaltende Verfahren bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen (mit Ausnahme von Bauaufträgen) durch die Landesanstalt für Medien NRW, soweit diese nicht verpflichtet ist, ab Erreichen der in § 106 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) festgelegten Schwellenwerte Aufträge europaweit auszuschreiben bzw. soweit diese nicht aufgrund von Zuwendungsbescheiden zur Anwendung der UVgO verpflichtet ist.

Die VergO L+D dient der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung. Sie regelt die notwendigen Verfahrensschritte, um das für die Landesanstalt für Medien NRW, im Folgenden auch als Auftraggeberin bezeichnet, jeweils wirtschaftlichste Angebot bestimmen zu können.



## ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

### § 1 GELTUNGSBEREICH DER VERGABEORDNUNG

- (1) Diese Vergabeordnung gilt für alle Vergaben von öffentlichen Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und Rahmenvereinbarungen, die nicht dem Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen unterliegen, weil ihr geschätzter Auftragswert ohne Umsatzsteuer die Schwellenwerte gemäß § 106 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen unterschreitet.
- (2) Sie gilt nicht für Arbeitsverträge und für Aufträge
- a) über Schiedsgerichts- und Schlichtungsleistungen,
  - b) über Erwerb, Miete oder Pacht von oder Rechte an Grundstücken, vorhandenen Gebäuden oder anderen unbeweglichen Vermögen ungeachtet ihrer Finanzierung,
  - c) die an eine juristische Person des öffentlichen oder des privaten Rechts vergeben werden, wenn
    - die Landesanstalt für Medien NRW über die juristische Person eine ähnliche Kontrolle wie über seine eigene Dienststelle hat,
    - mehr als 80 % der Tätigkeit der juristischen Person der Ausführung von Aufgaben dient, mit denen sie von der Landesanstalt für Medien NRW oder von einer anderen juristischen Person, die von der Landesanstalt für Medien NRW kontrolliert wird, betraut wurde,und
    - an der juristischen Person keine direkte private Kapitalbeteiligung besteht, mit Ausnahme nicht beherrschender Formen der privaten Kapitalbeteiligung und Formen der privaten Kapitalbeteiligung ohne Sperrminorität, die durch gesetzliche Bestimmungen vorgeschrieben sind und die keinen maßgeblichen Einfluss auf die kontrollierte juristische Person vermitteln.
- Im Übrigen gelten § 108 Absatz 2 bis Absatz 7 GWB entsprechend.
- d) die zwischen der Landesanstalt für Medien NRW und eines oder mehreren öffentlichen Auftraggebern geschlossen werden, wenn
    - der Vertrag eine Zusammenarbeit begründet, um sicherzustellen, dass die von den Vertragsparteien zu erbringenden öffentlichen Dienstleistungen im Hinblick auf die Erreichung gemeinsamer Ziele ausgeführt werden,
    - die Durchführung der Zusammenarbeit ausschließlich durch Überlegungen im Zusammenhang mit dem öffentlichen Interesse bestimmt wird,und



- die Vertragsparteien auf dem Markt weniger als 20 Prozent der Tätigkeiten erbringen, die durch die Zusammenarbeit erreicht wird.
- e) die aufgrund des besonderen Verfahrens einer internationalen Organisation vergeben werden,
- f) die in Übereinstimmung mit den Rechts- und Verwaltungsvorschriften in der Bundesrepublik Deutschland für geheim erklärt werden oder deren Ausführung nach diesen Vorschriften besondere Sicherheitsmaßnahmen erfordert oder wenn der Schutz wesentlicher Interessen der Sicherheit des Staates es gebietet,
- g) welche Rechtsdienstleistungen, Rechtsberatung, Beglaubigungen, Beurkundungen, Leistungen von Sachverständigen, gerichtlich bestellten Verwaltern zum Gegenstand haben,
- h) über Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen, es sei denn, ihre Ergebnisse werden ausschließlich Eigentum der Auftraggeberin für ihren Gebrauch bei der Ausübung ihrer eigenen Tätigkeit und die Dienstleistung wird vollständig durch die Auftraggeberin vergütet,
- j) über finanzielle Dienstleistungen im Zusammenhang mit Ausgabe, Verkauf, Ankauf oder Übertragung von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten sowie Dienstleistungen der Zentralbanken,
- k) über Fernsprechkundendienstleistungen, Telexdienst, den beweglichen Telefondienst, Funkrufdienst und die Satellitenkommunikation sowie Dienste des Internets,
- l) über den Erwerb, die Entwicklung, die Produktion oder die Koproduktion von Sendematerial für audiovisuelle Mediendienste oder Hörfunkmediendienste oder die Ausstrahlung von Sendungen,
- m) von Bauleistungen.

Die zuvor genannten Aufträge können unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ohne vorherige Ausschreibung direkt an die Auftragnehmer vergeben werden.



## § 2 GRUNDSÄTZE DER VERGABE

- (1) Öffentliche Aufträge für Lieferungen, Dienstleistungen und Rahmenvereinbarungen im Sinne von § 1 Absatz 1 sind grundsätzlich im Wettbewerb und in transparenten Verfahren an fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Bewerbende zu angemessenen Preisen auf der Grundlage dieser Bestimmungen zu vergeben. Dabei werden die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Verhältnismäßigkeit gewahrt sowie mittelständische Interessen berücksichtigt.
- (2) Die Teilnehmenden an einem Vergabeverfahren sind gleich zu behandeln, es sei denn, eine Ungleichbehandlung ist aufgrund dieser Vergabeordnung ausdrücklich geboten und gestattet. Die Gründe für eine Ungleichbehandlung sind zu dokumentieren.
- (3) Es gelten die Vorschriften zur Befangenheit gemäß §§ 20, 21 VwVfG NRW sowie die Dienstanweisung der Landesanstalt für Medien NRW „Compliance-Regeln für die Beschäftigten der Landesanstalt für Medien NRW“ in der jeweils gültigen Fassung.

## § 3 DOKUMENTATION

- (1) Das Vergabeverfahren ist von Anbeginn fortlaufend in Textform (§ 126 b Bürgerliches Gesetzbuch) zu dokumentieren, sodass die einzelnen Stufen des Verfahrens, die einzelnen Maßnahmen sowie die Begründung der einzelnen Entscheidungen festgehalten werden.
- (2) Die Dokumentation sowie die Angebote, Teilnahmeanträge und ihre Anlagen sind mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren. Anderweitige Vorschriften zur Aufbewahrung bleiben unberührt.

## § 4 KOMMUNIKATION

- (1) Es ist jederzeit Vertraulichkeit gegenüber den Auftragnehmenden zu wahren. Hierzu gehören Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und die Angebote bzw. Teilnahmeanträge einschließlich Anlagen. Vertrauliche Informationen eines an den Verhandlungen teilnehmenden Bietenden dürfen nicht ohne dessen Zustimmung an die anderen Bietenden, mit denen verhandelt wird, weitergegeben werden. Eine solche Zustimmung darf nicht allgemein, sondern nur in Bezug auf die beabsichtigte Mitteilung bestimmter Informationen, erteilt werden.
- (2) Bei der gesamten Kommunikation sowie beim Austausch und der Speicherung von Daten ist die Integrität der Daten und die Vertraulichkeit der Angebote und der Bietenden zu gewährleisten. Mündliche Kommunikation kann erfolgen, wenn sie ausreichend und in geeigneter Weise dokumentiert ist.



- (3) Es ist sicherzustellen, dass alle Bietenden bei den Verhandlungen gleichbehandelt werden. Alle vergaberelevanten Informationen sind allen potenziellen Bietenden gleichermaßen zugänglich zu machen. Jede diskriminierende Weitergabe von Informationen, durch die bestimmte Bietende gegenüber anderen begünstigt werden könnten, hat zu unterbleiben.

## ARTEN DER VERGABE

### § 5 VERFAHRENSARTEN

- (1) Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen erfolgt durch
- öffentliche Ausschreibung,
  - durch beschränkte Ausschreibung mit oder ohne Teilnahmewettbewerb
- und
- durch Verhandlungsvergabe mit oder ohne Teilnahmewettbewerb.
- (2) Die öffentliche Ausschreibung und die beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb stehen nach Wahl zur Verfügung. Die anderen Verfahrensarten stehen nur zur Verfügung, soweit dies nach den weiteren Vorschriften gestattet ist.
- (3) Aufträge können im Wege der beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb vergeben, wenn
- a) eine öffentliche Ausschreibung kein wirtschaftliches Ergebnis gehabt hat,
  - b) eine öffentliche Ausschreibung oder eine beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb für die Auftraggeberin oder die Bewerbenden oder Bietenden einen Aufwand verursachen würde, der zu dem erreichten Vorteil oder dem Wert der Leistung im Missverhältnis stehen würde,
- oder
- c) der voraussichtliche Auftragswert 100.000,- Euro ohne Umsatzsteuer nicht übersteigt.
- (4) Aufträge können im Wege der Verhandlungsvergabe mit oder ohne Teilnahmewettbewerb vergeben werden, wenn
- 1. der Auftrag konzeptionelle oder innovative Lösungen umfasst,



2. der Auftrag aufgrund konkreter Umstände, die mit der Art, der Komplexität oder dem rechtlichen oder finanziellen Rahmen beziehungsweise den damit einhergehenden Risiken zusammenhängen, nicht ohne vorherige Verhandlungen vergeben werden kann,
3. die Leistung nach Art und Umfang, insbesondere ihre technischen Anforderungen, vor der Vergabe nicht so eindeutig und erschöpfend beschrieben werden kann, dass hinreichend vergleichbare Angebote erwartet werden können,
4. nach Aufhebung einer öffentlichen oder beschränkten Ausschreibung eine Wiederholung kein wirtschaftliches Ergebnis verspricht,
5. die Bedürfnisse der Auftraggeberin nicht ohne die Anpassung bereits verfügbarer Lösungen erfüllt werden können,
6. es sich um die Lieferung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen zur Erfüllung wissenschaftlich-technischer Fachaufgaben auf dem Gebiet von Forschung, Entwicklung und Untersuchung handelt, die nicht der Aufrechterhaltung des allgemeinen Dienstbetriebs und der Infrastruktur einer Dienststelle der Auftraggeberin dienen,
7. im Anschluss an Entwicklungsleistungen Aufträge im angemessenen Umfang und für angemessene Zeit an Unternehmen, die an der Entwicklung beteiligt waren, vergeben werden müssen,
8. eine öffentliche Ausschreibung oder eine beschränkte Ausschreibung mit oder ohne Teilnahmewettbewerb für die Auftraggeberin oder die Bewerbenden oder Bietenden einen Aufwand verursachen würde, der zu dem erreichten Vorteil oder dem Wert der Leistung im Missverhältnis stehen würde,
9. die Leistung aufgrund von Umständen, die die Auftraggeberin nicht voraussehen konnte, besonders dringlich ist und die Gründe für die besondere Dringlichkeit nicht dem Verhalten der Auftraggeberin zuzurechnen sind,
10. die Leistung nur von einem bestimmten Unternehmen erbracht oder bereitgestellt werden kann,
11. es sich um eine auf einer Warenbörse notierte und erwerbbare Lieferleistung handelt,
12. Leistungen des ursprünglichen Auftragnehmenden beschafft werden sollen,
  - a) die zur teilweisen Erneuerung oder Erweiterung bereits erbrachter Leistungen bestimmt sind,
  - b) bei denen ein Wechsel des Unternehmens dazu führen würde, dass die Auftraggeberin eine Leistung mit unterschiedlichen technischen Merkmalen kaufen müssteund
  - c) bei denen dieser Wechsel eine technische Unvereinbarkeit oder unverhältnismäßige technische Schwierigkeiten bei Gebrauch und Wartung mit sich bringen würde,
13. Ersatzteile und Zubehörstücke zu Maschinen und Geräten vom Liefernden der ursprünglichen Leistung beschafft werden sollen und diese Stücke in brauchbarer Ausführung von anderen Unternehmen nicht oder nicht unter wirtschaftlichen Bedingungen bezogen werden können,



14. eine vorteilhafte Gelegenheit zu einer wirtschaftlicheren Beschaffung führt, als dies bei Durchführung einer öffentlichen oder beschränkten Ausschreibung der Fall wäre,
15. es aus Gründen der Sicherheit oder Geheimhaltung erforderlich ist,
16. der öffentliche Auftrag ausschließlich vergeben werden soll
  - a) an Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder an Unternehmen, deren Hauptzweck die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen oder von benachteiligten Personen ist,
  - oder
  - b) an Justizvollzugsanstalten.
- oder
17. der voraussichtliche Auftragswert 100.000, - Euro ohne Umsatzsteuer nicht übersteigt.

Eine Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb soll in der Regel durchgeführt werden, wenn der Bietermarkt der ausschreibenden Stelle nicht bekannt ist.

- (5) Die Entscheidung für ein vorgesehenes Vergabeverfahren ist zu dokumentieren.

## **§ 6 ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNG**

- (1) Bei einer öffentlichen Ausschreibung wird eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Angeboten aufgefordert. Jedes interessierte Unternehmen kann ein Angebot abgeben.
- (2) Von den Bietenden darf nur Aufklärung über ihre Eignung, das Vorliegen von Ausschlussgründen oder über das Angebot verlangt werden. Verhandlungen, insbesondere über Änderungen der Angebote oder Preise, sind unzulässig.

## **§ 7 BESCHRÄNKTE AUSSCHREIBUNG MIT TEILNAHMEWETTBEWERB**



- (1) Bei einer beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb wird eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen aufgefordert.
- (2) Jedes interessierte Unternehmen kann einen Teilnahmeantrag abgeben. Mit dem Teilnahmeantrag übermitteln die Unternehmen die geforderten Informationen für die Prüfung ihrer Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen.
- (3) Nur diejenigen Unternehmen, die nach Prüfung der übermittelten Informationen dazu aufgefordert werden, dürfen ein Angebot abgeben. Die Auftraggeberin kann die Zahl der Bewerbenden, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, gemäß § 21 begrenzen.
- (4) § 6 Absatz 2 gilt entsprechend.

## **§ 8 BESCHRÄNKTE AUSSCHREIBUNG OHNE TEILNAHMEWETTBEWERB**

- (1) Bei einer beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb sind ohne vorherige Durchführung eines Teilnahmewettbewerbs mehrere Unternehmen (grundsätzlich mindestens drei) zur Abgabe eines Angebots aufzufordern. Die Anzahl der aufzufordernden Unternehmen ist in der Bekanntmachung festzulegen.
- (2) Für die Auswahl dürfen nur Unternehmen aufgefordert werden, bei denen die Auftraggeberin berechtigterweise davon ausgehen kann, dass diese geeignet sind und keine Ausschlussgründe vorliegen. Die für die Erfüllung der Eignungskriterien und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen notwendigen Nachweise und Erklärungen müssen mit oder nach Versendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe von dem betreffenden Unternehmen verlangt werden.
- (3) § 6 Absatz 2 gilt entsprechend.
- (4) Die Unternehmen, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, sind regelmäßig zu wechseln.
- (5) Die Entscheidung über die Auswahl der Bietenden ist zu dokumentieren.





## **§ 9 VERHANDLUNGSVERGABE MIT ODER OHNE TEILNAHMEWETTBEWERB**

- (1) Bei einer Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb wird eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen aufgefordert. Jedes interessierte Unternehmen kann einen Teilnahmeantrag abgeben. Mit dem Teilnahmeantrag übermitteln die Unternehmen die geforderten Informationen für die Prüfung ihrer Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen. Nur diejenigen Unternehmen, die nach Prüfung der übermittelten Informationen dazu aufgefordert werden, dürfen ein Angebot abgeben. Die Auftraggeberin kann die Bewerbenden Anzahl, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, gemäß § 21 begrenzen.
- (2) Bei einer Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb werden mehrere (grundsätzlich mindestens drei) Unternehmen zur Abgabe eines Angebots oder zur Teilnahme an Verhandlungen aufgefordert. Es dürfen nur Unternehmen aufgefordert werden, bei denen die Auftraggeberin berechtigterweise davon ausgehen kann, dass diese geeignet sind und keine Ausschlussgründe vorliegen. Die für die Erfüllung der Eignungskriterien und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen notwendigen Nachweise und Erklärungen müssen mit oder nach Versendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe von dem betreffenden Unternehmen verlangt werden.
- (3) Zwischen den Unternehmen, die zur Abgabe eines Angebots oder zur Teilnahme an Verhandlungen aufgefordert werden, ist regelmäßig zu wechseln.
- (4) Im Falle einer Verhandlungsvergabe nach § 5 Absatz 4 Nummer 9 bis 14 darf auch nur ein Unternehmen zur Abgabe eines Angebots oder zur Teilnahme an Verhandlungen aufgefordert werden.
- (5) Im Rahmen einer Verhandlungsvergabe darf – mit Ausnahme der Zuschlagskriterien – über den gesamten Angebotsinhalt verhandelt werden. Der Zuschlag kann, auch ohne zuvor verhandelt zu haben, unter Beachtung der Vergabegrundsätze auf ein Angebot erteilt werden, wenn dies in der Auftragsbekanntmachung, den Vergabeunterlagen oder bei der Aufforderung zur Abgabe des Angebots vorbehalten wurde und die Bindefrist für den Bietenden noch nicht abgelaufen ist.
- (6) Die Entscheidung über die Auswahl der Bietenden ist zu dokumentieren.



## § 10 ANGEMESSENE FRISTSETZUNG

- (1) Es werden angemessene Fristen für den Eingang der Teilnahmeanträge (Teilnahmefrist) und Angebote (Angebotsfrist) sowie für die Geltung der Angebote (Bindefrist) festgelegt. Bei der Festlegung der Fristen sind insbesondere die Komplexität der Leistung, die beizubringenden Erklärungen und Nachweise (Unterlagen), die Zeit für die Ausarbeitung der Teilnahmeanträge und Angebote, die Zeit für ihre Auswertung, die gewählten Kommunikationsmittel und die zuvor auf Beschaffungsprofilen veröffentlichten Informationen angemessen zu berücksichtigen.
- (2) Allen Bewerbenden und Bietenden sind gleiche Fristen zu setzen.
- (3) Können Angebote nur nach einer Besichtigung am Ort der Leistungserbringung oder nach Einsichtnahme in die Anlagen zu den Vergabeunterlagen vor Ort bei der Auftraggeberin erstellt werden, so sind die Angebotsfristen so festzulegen, dass alle Unternehmen von allen Informationen, die für die Erstellung des Angebots erforderlich sind, unter gewöhnlichen Umständen Kenntnis nehmen können. Sammeltermine für Ortsbesichtigungen sind zulässig.
- (4) Die nach Absatz 1 genannten Fristen sind, soweit erforderlich, angemessen zu verlängern, wenn
  1. zusätzliche wesentliche Informationen von der Auftraggeberin vor Ablauf der Angebotsfrist zur Verfügung gestellt werden
  - oder
  2. wesentliche Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen werden.

## § 11 DIREKTAUFTRAG

Leistungen bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert von 20.000, - Euro ohne Umsatzsteuer können unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ohne die Durchführung eines Vergabeverfahrens und ohne die Einholung von Preisvergleichen beschafft werden.

Zwischen den beauftragten Unternehmen soll regelmäßig gewechselt werden.



## **§ 12 RAHMENVEREINBARUNGEN/JAHRESVERTRÄGE**

- (1) Für regelmäßig wiederkehrende Liefer- und Dienstleistungen (z. B. für Schreibmaterial, Buchbindarbeiten, Druckerzeugnisse) können Rahmenvereinbarungen geschlossen werden. Der Abschluss einer Rahmenvereinbarung erfolgt im Wege einer nach dieser Vergabeordnung anwendbaren Verfahrensart.

Für regelmäßig wiederkehrende Leistungen, deren Auftragswert 5.000,- Euro ohne Umsatzsteuer im Einzelfall in der Regel nicht übersteigt, sollen Rahmenvereinbarungen bzw. Jahresverträge geschlossen werden.

- (2) Auf einer Rahmenvereinbarung beruhende Einzelaufträge werden entsprechend den Bedingungen der Rahmenvereinbarung vergeben. Es dürfen keine wesentlichen Änderungen an den Bedingungen der Rahmenvereinbarung vorgenommen werden.
- (3) Die Laufzeit einer Rahmenvereinbarung soll höchstens 72 Monate betragen, es sei denn, es liegt ein im Gegenstand der Rahmenvereinbarung begründeter Sonderfall vor.

## **VERGABEVERFAHREN**

### **§ 13 MARKTERKUNDUNG**

- (1) Vor der Einleitung eines Vergabeverfahrens können Markterkundungen zur Vorbereitung der Auftragsvergabe und zur Unterrichtung der Unternehmen über die Auftragsvergabepläne und -anforderungen durchgeführt werden.
- (2) Die Durchführung von Vergabeverfahren lediglich zur Markterkundung und zum Zwecke der Kosten- oder Preisermittlung ist unzulässig.



## § 14 Vergabeunterlagen

- (1) Die Vergabeunterlagen umfassen alle Angaben, die erforderlich sind, um dem Bewerbenden oder Bietenden eine Entscheidung zur Teilnahme am Vergabeverfahren zu ermöglichen. Sie bestehen in der Regel mindestens aus
  - a) dem Anschreiben, insbesondere der Aufforderung zur Abgabe von Teilnahmeanträgen oder Angeboten oder Begleitschreiben für die Abgabe der angeforderten Unterlagen,
  - b) der Beschreibung der Einzelheiten der Durchführung des Verfahrens (Bewerbungsbedingungen), einschließlich der Angabe der Eignungs- und Zuschlagskriterien, sofern nicht bereits in der Auftragsbekanntmachung genannt,  
und
  - c) den Vertragsunterlagen, die aus der Leistungsbeschreibung und den Vertragsbedingungen bestehen.

## § 15 LEISTUNGSBESCHREIBUNG

- (1) In der Leistungsbeschreibung ist der Auftragsgegenstand so eindeutig und erschöpfend wie möglich zu beschreiben, sodass die Beschreibung für alle Unternehmen im gleichen Sinne verständlich ist und die Angebote miteinander verglichen werden können. Die Leistungsbeschreibung enthält die Funktions- oder Leistungsanforderungen oder eine Beschreibung der zu lösenden Aufgabe, deren Kenntnis für die Erstellung des Angebots erforderlich ist sowie Umstände und Bedingungen der Leistungserbringung.
- (2) Die Leistungsbeschreibung kann auch Aspekte der Qualität sowie soziale, innovative und umweltbezogene Merkmale umfassen. Diese können sich auch auf den Prozess oder die Methode zur Herstellung oder Erbringung der Leistung oder auf ein anderes Stadium im Lebenszyklus des Auftragsgegenstands einschließlich der Produktions- und Lieferkette beziehen, auch wenn derartige Faktoren keine materiellen Bestandteile der Leistung sind, sofern diese Merkmale in Verbindung mit dem Auftragsgegenstand stehen und zu dessen Wert und Beschaffungszielen verhältnismäßig sind.
- (3) In der Leistungsbeschreibung kann ferner festgelegt werden, ob Rechte des geistigen Eigentums übertragen oder der Auftraggeberin daran Nutzungsrechte eingeräumt werden müssen.
- (4) Bei der Beschaffung von Leistungen, die zur Nutzung durch natürliche Personen vorgesehen sind, sind bei der Erstellung der Leistungsbeschreibung, außer in ordnungsgemäß begründeten Fällen die



Zugänglichkeitskriterien für Menschen mit Behinderungen oder die Konzeption für alle Nutzenden zu berücksichtigen.

- (5) Bezeichnungen für bestimmte Erzeugnisse oder Verfahren wie beispielsweise Markennamen dürfen ausnahmsweise, jedoch nur mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ verwendet werden, wenn eine hinreichend genaue Beschreibung durch verkehrsübliche Bezeichnungen nicht möglich ist. Der Zusatz „oder gleichwertig“ kann entfallen, wenn ein sachlicher Grund die Produktvorgabe ansonsten rechtfertigt. Ein solcher Grund liegt insbesondere dann vor, wenn die Auftraggeberin Erzeugnisse oder Verfahren mit unterschiedlichen Merkmalen zu bereits bei ihnen vorhandenen Erzeugnissen oder Verfahren beschaffen müssten und dies mit unverhältnismäßig hohem finanziellem Aufwand oder unverhältnismäßigen Schwierigkeiten bei Integration, Gebrauch, Betrieb oder Wartung verbunden wäre. Die Gründe sind zu dokumentieren.

## **§ 16 AUFTEILUNG NACH LOSEN**

- (1) Leistungen können in der Menge aufgeteilt (Teillöse) und getrennt nach Art oder Fachgebiet (Fachlöse) vergeben werden. Es kann festgelegt werden, ob die Angebote nur für ein Los, für mehrere oder für alle Lose eingereicht werden dürfen. Auch wenn Angebote für mehrere oder alle Lose eingereicht werden dürfen, kann die Zahl der Lose auf eine Höchstzahl beschränkt werden, für die ein einzelner Bietende den Zuschlag erhalten kann.
- (2) Auf die Vorgaben nach Absatz 1 ist bei öffentlichen Ausschreibungen und Verfahrensarten mit Teilnahmewettbewerb bereits in der Auftragsbekanntmachung hinzuweisen, ansonsten sind sie in den Vergabeunterlagen bekannt zu machen. Falls eine Vergabe nach Losen erfolgen soll, sind die objektiven und nichtdiskriminierenden Kriterien in den Vergabeunterlagen anzugeben, die bei der Vergabe von Losen Anwendung finden sollen, wenn die Anwendung der Zuschlagskriterien dazu führen würde, dass ein einzelner Bietende den Zuschlag für eine größere Zahl von Losen als die Höchstzahl erhält.
- (3) In Fällen, in denen ein einziger Bietender den Zuschlag für mehr als ein Los erhalten kann, können Aufträge über mehrere oder alle Lose vergeben werden, wenn bei öffentlichen Ausschreibungen und Verfahrensarten mit Teilnahmewettbewerb bereits in der Auftragsbekanntmachung, ansonsten in den Vergabeunterlagen hierauf hingewiesen wurde und die Lose oder Losgruppen angegeben wurden, die kombiniert werden können.



## § 17 NEBENANGEBOTE

Nebenangebote können bei öffentlichen Ausschreibungen und Verfahrensarten mit Teilnahmewettbewerb bereits in der Auftragsbekanntmachung, ansonsten in den Vergabeunterlagen zugelassen werden. Es ist anzugeben, ob und in Bezug auf welche Leistungsteile Nebenangebote zugelassen werden. Fehlt eine entsprechende Angabe, sind keine Nebenangebote zugelassen. Nebenangebote müssen mit dem Hauptangebot gleichwertig sein. Die Bietenden haben die Gleichwertigkeit mit ihrem Angebot nachzuweisen. Darauf ist im Leistungsverzeichnis hinzuweisen. Bei der Entscheidung über den Zuschlag sind die Grundsätze der Transparenz und Gleichbehandlung zu beachten.

## § 18 UNTERAUFTRÄGE

- (1) Den Auftragnehmenden können mit Zustimmung der Auftraggeberin gestattet werden, Auftragsleistungen im Wege von Unteraufträgen an Dritte mit entsprechender Qualifikation zu vergeben.
- (2) In der Auftragsbekanntmachung oder den Vergabeunterlagen kann vorgegeben werden, dass die Bietenden bei Angebotsabgabe die Teile des Auftrags, die sie im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigen, sowie, falls zumutbar, die vorgesehenen Unterauftragnehmenden, benennen müssen.
- (3) Vor Zuschlagserteilung kann von den Bietenden, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangt werden, die Unterauftragnehmenden zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmenden zur Verfügung stehen.



## VERÖFFENTLICHUNG

### § 19 AUFTRAGSBEKANNTMACHUNG

- (1) Die Absicht, im Wege einer öffentlichen Ausschreibung, einer beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb oder einer Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb einen öffentlichen Auftrag zu vergeben oder eine Rahmenvereinbarung abzuschließen, ist mittels einer Auftragsbekanntmachung öffentlich bekanntzugeben.
- (2) Auftragsbekanntmachungen sind in geeigneter Weise zu veröffentlichen (z. B. über [vergabe.nrw.de](http://vergabe.nrw.de)). Aus der Auftragsbekanntmachung müssen alle Angaben für eine Entscheidung zur Teilnahme am Vergabeverfahren oder zur Angebotsabgabe ersichtlich sein. Sie enthält mindestens
  1. die Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind,
  2. die Verfahrensart,
  3. Informationen darüber, wie die Vergabeunterlagen abgerufen werden können,
  4. die Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind; es ist insbesondere anzugeben, ob Angebote in elektronischer oder schriftlicher Form, per E-Mail, Telefax oder per Post eingereicht werden können und ob ein Präsentationstermin geplant ist, in der Regel sollen die Angebote in Textform verlangt werden,
  5. gegebenenfalls die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen,
  6. die Art und den Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung,
  7. gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose,
  8. gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten,
  9. etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist,
  10. die Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist,
  11. die Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen,
  12. die wesentlichen Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind,
  13. die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die die Auftraggeberin für die Beurteilung der Eignung des Bewerbenden oder Bietenden und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt,



und

14. die Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.

## **ANFORDERUNG AN BIETENDE; EIGNUNG**

### **§ 20 AUSWAHL GEEIGNETER BIETENDE**

- (1) Aufträge sind ausschließlich an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Bietende zu erteilen, die nicht in entsprechender Anwendung der §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen auszuschließen sind. § 124 Absatz 1 Nr. 6 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen findet keine Anwendung. Bei Vorliegen von Ausschlussgründen sind § 125 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zur Selbstreinigung und § 126 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zur zulässigen Höchstdauer des Ausschlusses entsprechend anzuwenden. § 123 Absatz 1 Nummer 4 und 5 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen findet auch insoweit entsprechend Anwendung, soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet. § 124 Absatz 1 Nummer 7 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen findet mit der Maßgabe entsprechend Anwendung, dass die mangelhafte Vertragserfüllung weder zu einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages noch zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt haben muss.
- (2) Im Hinblick auf die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung und die wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit können Anforderungen gestellt werden, die sicherstellen, dass die Bewerbenden oder Bietenden über die erforderliche Eignung für die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags verfügen. Die Anforderungen müssen mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung und zu diesem in einem angemessenen Verhältnis stehen. Sie sind bei öffentlichen Ausschreibungen und Verfahrensarten mit Teilnahmewettbewerb bereits in der Auftragsbekanntmachung, ansonsten in den Vergabeunterlagen aufzuführen.
- (3) Im Hinblick auf die Gleichbehandlung aller Bietenden soll mit dem Projektanten vereinbart werden, dass an einer Ausschreibung nicht teilgenommen werden kann, wenn im Vorfeld an der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen (insbesondere der Leistungsbeschreibung) mitgewirkt wurde (Projektant). Auf eine entsprechende vertragliche Vereinbarung kann ausnahmsweise verzichtet werden, wenn durch geeignete Maßnahmen eine Wettbewerbsverzerrung durch die Vorbefassung des Bietenden ausgeschlossen werden kann. Diese Entscheidung ist zu dokumentieren.





## **§ 21 BEGRENZUNG DER ANZAHL DER BEWERBENDEN**

- (1) Bei allen Verfahrensarten mit Teilnahmewettbewerb kann die Auftraggeberin die Zahl der geeigneten Bewerbenden, die zur Abgabe eines Angebots oder zur Teilnahme an Verhandlungen aufgefordert werden, begrenzen, sofern genügend geeignete Mitbewerbende zur Verfügung stehen. Dazu gibt die Auftraggeberin in der Auftragsbekanntmachung die von ihm vorgesehenen objektiven und nichtdiskriminierenden Eignungskriterien für die Begrenzung der Zahl, die vorgesehene Mindestzahl und gegebenenfalls auch die Höchstzahl der aufzufordernden Bewerbenden an.
- (2) Die von der Auftraggeberin vorgesehene Mindestzahl der zur Angebotsabgabe oder zur Teilnahme an Verhandlungen aufzufordernden Bewerbenden darf nicht niedriger als drei sein. In jedem Fall muss die vorgesehene Mindestzahl ausreichend hoch sein, sodass der Wettbewerb gewährleistet ist. Sofern die Zahl geeigneter Bewerbenden unter der Mindestzahl liegt, kann die Auftraggeberin das Vergabeverfahren fortführen, indem sie alle Bewerbende zur Angebotsabgabe oder zur Teilnahme an Verhandlungen auffordert, die über die geforderte Eignung verfügen. Unternehmen, die sich nicht um die Teilnahme beworben haben, oder Bewerbende, die nicht über die geforderte Eignung verfügen, dürfen nicht zugelassen werden.
- (3) Scheiden in einem Verfahren mit Teilnahmewettbewerb in der Angebots- oder Verhandlungsphase Bietende aus, kann die Auftraggeberin andere geeignete Bewerbende des Teilnahmewettbewerbs, den die Auftraggeberin nicht zur Angebotsabgabe oder zur Teilnahme an Verhandlungen aufgefordert hatte, noch nachträglich auffordern.

## **UMGANG MIT TEILNAHMEANTRÄGEN UND ANGEBOTEN**

### **§ 22 AUFBEWAHRUNG UNGEÖFFNETER TEILNAHMEANTRÄGE UND ANGEBOTE**

Elektronisch übermittelte Teilnahmeanträge und Angebote sind auf geeignete Weise zu kennzeichnen und verschlüsselt zu speichern. Auf dem Postweg und direkt übermittelte Teilnahmeanträge und Angebote sind ungeöffnet zu lassen, mit Eingangsvermerk zu versehen und bis zum Zeitpunkt der Öffnung unter Verschluss zu halten.



## **§ 23 ÖFFNUNG DER TEILNAHMEANTRÄGE UND ANGEBOTE**

- (1) Vom Inhalt der Teilnahmeanträge und Angebote darf erst nach Ablauf der entsprechenden Fristen Kenntnis erlangt werden. Dies gilt nicht, wenn nur ein Unternehmen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert wurde.
- (2) Die Öffnung der Angebote wird von mindestens zwei Vertretenden der Auftraggeberin gemeinsam an einem Termin unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist durchgeführt. Bietende sind nicht zugelassen. Die Öffnung der Teilnahmeanträge und Angebote ist zu dokumentieren.

## **PRÜFUNG UND WERTUNG DER TEILNAHMEANTRÄGE UND ANGEBOTE; ZUSCHLAG**

## **§ 24 PRÜFUNG DER TEILNAHMEANTRÄGE UND ANGEBOTE; NACHFORDERUNG VON UNTERLAGEN**

- (1) Die Teilnahmeanträge und Angebote sind auf Vollständigkeit und fachliche Richtigkeit, Angebote zudem auf rechnerische Richtigkeit zu prüfen.
- (2) Bewerbende oder Bietende können unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung aufgefordert werden, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, beziehungsweise fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.  
  
In der Auftragsbekanntmachung oder den Vergabeunterlagen kann festgelegt werden, dass eine Nachforderung von Unterlagen nicht erfolgt.
- (3) Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.
- (4) Die Unterlagen sind vom Bewerbenden oder Bietenden nach Aufforderung innerhalb einer festzulegenden angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen.
- (5) Die Entscheidung zur und das Ergebnis der Nachforderung ist zu dokumentieren.



## **§ 25 AUSSCHLUSS VON TEILNAHMEANTRÄGEN UND ANGEBOTEN**

- (1) Angebote und Teilnahmeanträge sind von der Vergabe auszuschließen, wenn
- wesentliche Preisangaben fehlen; wesentlich sind Preisangaben, deren Einzelpreise den Gesamtpreis verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb beeinträchtigen,
  - diese nicht unterschrieben sind,
  - Änderungen der Bietenden an ihren Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
  - diese nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn die Bietenden haben dies nicht zu vertreten,
  - nachweislich Preisabsprachen zwischen den Bietenden erfolgt sind,
  - Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind;
  - Nebenangebote abgegeben wurden, soweit diese nicht zugelassen waren.
- (2) Darüber hinaus können Teilnahmeanträge und Angebote ausgeschlossen werden, wenn diese nicht alle geforderten Angaben oder Unterlagen enthalten.
- (3) Die Entscheidung über den Ausschluss von Teilnahmeanträgen und Angeboten ist zu dokumentieren.



## **§ 26 TARIFTREUE- UND VERGABEGESETZ NORDRHEIN-WESTFALEN**

Die Regelungen des Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen sowie anderer Gesetze bleiben unberührt.

## **§ 27 AUFTRAGSERTEILUNG**

- (1) Der Auftrag ist an den Bietenden zu erteilen, der aufgrund der vorab bekannt gemachten Zuschlagskriterien das wirtschaftlichste Angebot erwarten lässt. Die Zuschlagskriterien sind – soweit möglich – zu gewichten.
- (2) Bei der Entscheidung über die Auftragserteilung können insbesondere folgende, auf die erwartete fachliche Leistung bezogene Kriterien berücksichtigt werden:
  - Qualität, einschließlich des fachlichen oder technischen Wertes, Ästhetik und Zweckmäßigkeit,
  - Organisation, Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrags betrauten Personals,
  - Referenzen des Unternehmens,
  - Verfügbarkeit von Kundendienst und technische Hilfe, Leistungszeitpunkt, Ausführungszeitraum oder -frist,
  - soziale, umweltbezogene und innovative Aspekte,
  - Preis/Honorar. Ist die zu erbringende Leistung nach einer gesetzlichen Gebühren- oder Honorarordnung zu vergüten, ist der Preis nur im dort vorgeschriebenen Rahmen zu berücksichtigen.
- (3) Eine mündliche Präsentation darf Grundlage der Wertung sein, sofern sie auf einer Präsentationsunterlage in Textform basiert, die mit dem Angebot eingereicht wurde, und ausreichend dokumentiert wird.
- (4) Die Entscheidung zur Auftragserteilung ist zu dokumentieren.



## § 28 LEISTUNGSERBRINGUNG

- (1) Bewerbende können verpflichtet werden, die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen anzugeben, die die Leistung tatsächlich erbringen.
- (2) Auftragnehmer haben die Auftragsleistung selbstständig zu erbringen. Unteraufträge sind nur nach Maßgabe von § 18 zulässig.

## § 29 AUFTRAGSÄNDERUNG

- (1) Die Änderung eines öffentlichen Auftrags ohne Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens ist zulässig, wenn sich der Gesamtcharakter des Auftrags nicht ändert und der Wert der jeweiligen Änderung nicht mehr als 20 Prozent des ursprünglichen Auftragswertes beträgt. Dies gilt nicht nur für Aufträge, deren Vertragslaufzeit noch nicht beendet ist, sondern auch für Aufträge, die bereits voll erfüllt oder abgewickelt sind (Nachbestellungen im Anschluss an einen bestehenden Vertrag). Eine Aufteilung der Änderung zur Umgehung der Wertgrenze nach Satz 1 ist nicht zulässig.
- (2) Darüber hinaus ist die Änderung eines öffentlichen Auftrags ohne Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens zulässig, wenn
  1. in den ursprünglichen Vergabeunterlagen klare, genaue und eindeutig formulierte Überprüfungsklauseln oder Optionen vorgesehen sind, die Angaben zu Art, Umfang und Voraussetzungen möglicher Auftragsänderungen enthalten, und sich aufgrund der Änderung der Gesamtcharakter des Auftrags nicht verändert,
  2. zusätzliche Liefer- oder Dienstleistungen erforderlich geworden oder für den Beschaffungszweck des bisherigen Auftrags dienlich sind, die nicht in den ursprünglichen Vergabeunterlagen vorgesehen waren, und ein Wechsel des Auftragnehmers
    - a) aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen nicht erfolgen kann und
    - b) mit erheblichen Schwierigkeiten oder beträchtlichen Zusatzkosten für die öffentliche Auftraggeberin verbunden wäre, oder
  3. die Änderung aufgrund von Umständen erforderlich geworden ist, die im Rahmen der Sorgfaltspflicht nicht vorhersehbar war und sich aufgrund der Änderung der Gesamtcharakter des Auftrags nicht ändert.



- (3) Im Übrigen gelten § 132 Absatz 1 bis 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung entsprechend.

## **§ 30 AUFHEBUNG VON VERGABEVERFAHREN**

- (1) Ein Vergabeverfahren kann ganz oder teilweise aufgehoben werden, wenn
1. kein Teilnahmeantrag oder Angebot eingegangen ist, das den Bedingungen entspricht,
  2. sich die Grundlage des Vergabeverfahrens wesentlich geändert hat,
  3. kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde oder
  4. andere schwerwiegende Gründe bestehen (z.B. Finanzierung nicht mehr gegeben).
- (2) Im Übrigen besteht keine Verpflichtung, einen Zuschlag zu erteilen.
- (3) Die Entscheidung über die Aufhebung eines Vergabeverfahrens bzw. darüber, keinen Zuschlag zu erteilen, ist zu dokumentieren.

## **§ 31 VERGABE VON FREIBERUFLICHEN LEISTUNGEN**

Öffentliche Aufträge über Leistungen, die im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit erbracht oder im Wettbewerb mit freiberuflich Tätigen angeboten werden (vgl. § 18 Absatz 1 Nr. 1 Einkommenssteuergesetz), sind grundsätzlich im Wettbewerb zu vergeben, es sei denn, besondere Umstände rechtfertigen einen Direktauftrag. Besondere Umstände sind insbesondere die in § 5 Absatz 4 Nr. 9 bis Nr. 14 genannten Fälle. Außerdem können Aufträge über freiberufliche Leistungen bis zu einem vorab geschätzten Auftragswert in Höhe von 20.000, - Euro (einschließlich Nebenkosten, ohne Umsatzsteuer) unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit direkt an geeignete Bewerbende vergeben werden (Direktauftrag). Bei der Vergabe ist so viel Wettbewerb zu schaffen, wie dies nach der Natur des Geschäfts oder nach den besonderen Umständen möglich ist. Eine Bindung an die in § 5 genannten Vergabearten besteht dabei nicht.



## § 32

### INKRAFTTRETEN/AUßERKRAFTTRETEN

Diese Dienstanweisung tritt am 01.01.2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Dienstanweisung vom 01.09.2018 außer Kraft.

Düsseldorf, den 19.12.2022

Dr. Tobias Schmid

Direktor